

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408  
Telefon: (0228) 21 8038/39  
Telex: 0886846 ppbn d

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zur Ermordung von Dr. Issam al Sartawi. Seite 1

Klaus Kübler MdB zur Demission von Staatssekretär Günter Hartkopf: Indiz für die Brüchigkeit der Rechtskoalition. Seite 2

Hans-Jürgen Kahrs, Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen, stellt das neue Polizeigesetz in Bremen vor: Kein Schußwaffengebrauch gegen eine Menschenmenge. Seite 3

### Dokumentation

Der Brief des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, an die Fraktionsmitglieder: Teil II ist den Bereichen Umweltschutz, Datenschutz, Kernenergie, dem Sport und der Wirtschaftspolitik gewidmet. Seite 5

38. Jahrgang / 69

12. April 1983

Zur Ermordung von Issam al Sartawi

Sein Tod war von den Gegnern der Verständigung gewollt

Von Karsten D. Voigt MdB

Mit der Ermordung von Issam al Sartawi sind die ohnehin dünnen Reihen jener Politiker des Nahen Ostens weiter gelichtet worden, die in einer Versöhnung die einzige Friedensaussicht für diese Region sehen. Sein Ziel war ein gerechter, ehrenhafter und dauerhafter Frieden zwischen Israel und dem palästinensischen Volk.

Sein Tod war von den Gegnern der Verständigung gewollt. Seine Mörder sind nicht daran interessiert, daß die Sache der Palästinenser beim israelischen Volk, die Sache Israels bei den Palästinensern Gehör und Verständnis finden.

Issam al Sartawi hatte sich mutig auf den Weg der Verständigung gewagt, er hat in Kauf genommen, sich dadurch gefährliche Feinde in seinem eigenen Volk, seiner eigenen Organisation zu schaffen. Sein Leben war schon lange bedroht. Er störte aber auch die Kreise jener in Israel, die jeden Kontakt mit Vertretern oder Anhängern der PLO als Anschlag gegen ihren Staat werteten, und derer gibt es viel zu viele.

Shimon Perez, der Vorsitzende der israelischen Arbeiterpartei, hat dem Mörder von Issam al Sartawi und seinen Hintermännern vorgeworfen, er habe Frieden und Verständigung treffen wollen. Issam al Sartawi war ein Zeuge dafür, daß es auch in der PLO Kräfte gibt, die für Frieden und Verständigung arbeiten. Sein Wille zur Verteidigung bleibt für alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der Welt eine Verpflichtung. Es bleibt die Hoffnung, daß die in Israel und in der PLO zur Verständigung, zum Interessenausgleich und zur Versöhnung bereiten Kräfte in Zukunft verstärkt den Mut zum Dialog finden. (-/12.4.1983/ks/rs)

+ + +

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 8 12-1

Vertriebspartner  
des SPD-Verlags  
Reichelt-Papier



Brüchige Rechtskoalition

Das Ausscheiden von Staatssekretär Hartkopf ist auch ein Signal

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Das Ausscheiden des dienstältesten Staatssekretärs der Bundesregierung und des höchsten Umweltschutzbeamten Günter Hartkopf aus dem CSU-geführten Bundesinnenministerium ist zu bedauern. Günter Hartkopf wird vielen, die sich intensiv um die Umweltpolitik gekümmert haben, als engagierter und konsequenter Partner im Kampf um den Umweltschutz nicht mehr zur Verfügung stehen. Viele werden ihm für sein umweltpolitisches Engagement zu Recht dankbar sein.

Für die Umweltpolitik ist das Ausscheiden von Günter Hartkopf ein Verlust. Solange Hartkopf auch in einem CSU-geführten Bundesinnenministerium Umwelt-Staatssekretär war und - vor allem - auch sein wollte, war eine Mindestgarantie für vernünftige Umweltpolitik gegeben. Jetzt will er es nicht mehr sein. Bedeutet aber gerade deshalb sein Weggang umweltpolitisch doch mehr als die relativ allgemein gehaltene Begründung hergibt?

Das Argument, daß Hartkopf deshalb geht, weil er selbst für einen FDP-Mann in der Leitung eines CSU-geführten Ministeriums keinen ganz überzeugenden Platz sieht, gewinnt immer mehr an Richtigkeit. Das aber würde zugleich die tiefsitzende Brüchigkeit dieser Koalition aus CDU und CSU und FDP schon so kurz nach ihrem Start offenbaren.

Die Glaubwürdigkeit in seine Umweltpolitik muß Zimmermann erst noch begründen. Der Weggang von Hartkopf macht das für Zimmermann nicht leichter. Die Umweltpolitiker sind gespannt zu erfahren, wen Zimmermann zum Nachfolger Hartkopfs berufen wird.

(-/12.4.1983/ks/rs)

+ + +



Neues Polizeigesetz in Bremen

---

Schußwaffengebrauch gegen eine Menschenmenge nicht mehr möglich

Von Dr. Hans-Jürgen Kahrs

Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen

Am 1. Mai wird das von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 9. März dieses Jahres in zweiter Lesung beschlossene neue Polizeigesetz in Kraft treten. Bremen folgt damit dem Beispiel einer Reihe anderer Bundesländer und gibt mit diesem Gesetz dem allgemeinen Polizeirecht eine neue umfassende Grundlage. Gegenüber dem zur Zeit noch geltenden Polizeigesetz vom 5. Juli 1960 zeichnet sich das neue Recht, abgesehen von einer verbesserten Systematik, durch präzisere, in höherem Maße rechtsstaatlichen Bedürfnissen gerechtwerdende Normen aus. Sie zeigen besser als das zur Zeit geltende Recht den Polizeibehörden und den Polizeibeamten Umfang und Grenzen polizeilicher Befugnisse auf, wirken insoweit aber nicht nur und in erster Linie einschränkend auf die polizeiliche Tätigkeit, sondern schützen den Beamten auch vor den Folgen falscher Situationsbeurteilung. Damit erfährt zugleich der Bürger einen erhöhten Schutz vor fehlerhafter Rechtsanwendung durch die Polizei.

Das neue Gesetz lehnt sich im Sinne einer Vereinheitlichung des Polizeirechts in Bund und Ländern an den Musterentwurf eines bundeseinheitlichen Gesetzentwurfes an. Es enthält wie der Musterentwurf klare Regelungen über die gegenseitige Unterstützung der Polizeikräfte von Bund und Ländern und begründet neu eine Notzuständigkeit auswärtiger Polizeibeamter ohne Anforderung bei Gefahrenlagen, bei denen erhebliche Belange auf dem Spiel stehen. Das neue Gesetz entspricht damit einer im modernen Polizeirecht üblichen Regelung.

Das Gesetz geht aber auch, dies muß deutlich hervorgehoben werden, eigene Wege. Es stellt eine sozialdemokratischem Verständnis entsprechende Variante zum Musterentwurf dar. Dem entsprechend schützt das neue Gesetz nicht mehr die öffentliche Ordnung als die Summe der ungeschriebenen, der Eigenbeurteilung der Polizei ungeschriebenen Verhaltensregeln, deren Beachtung nach herrschender Meinung zur Sicherung des Gemeinschaftsfriedens neben der Rechtsordnung erforderlich sind. Die herrschende Meinung über solche Verhaltensregeln ist dem Wandel unterworfen. Ziel sozialdemokratischer Politik kann es nicht sein zuzulassen, daß der auch durch gesellschaftliche Prozesse bedingte Wandel des Inhalts dessen, was man unter öffentlicher Ordnung zu verstehen hat, durch konservierende Maßnahmen der Polizei verhindert wird. Im übrigen ist aber auch anzumerken, daß durch die weitgehende Spezialgesetzgebung in unserer Zeit, insbesondere auch die Schaffung von Auffangvorschriften im OWiG die "öffentliche Ordnung" als Polizeischutzgut innerhalb der polizeilichen Generalklausel keines Fortbestandes bedarf.

Entsprechend wurde aber auch im neuen Polizeigesetz auf alle Befugnisermächtigungen verzichtet, für die im Lande Bremen ein spezielles Bedürfnis zu erkennen war. Dabei wurde auch in einer Reihe von Vorschriften dem klarer erscheinenden Wortlaut des sogenannten "Alternativentwurfes eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes" (erstellt von einer Gruppe von Hochschullehrern) der Vorzug gegeben.



So sind die Befugnisse zur Identitätsfeststellung gegenüber dem Musterentwurf - nicht dagegen gegenüber dem geltenden Recht - deutlich eingeschränkt worden. Das gleiche gilt für die Durchsuchungsvorschriften, insbesondere für die Vorschrift der Wohnungsdurchsuchung.

Auch bei der Gestaltung des Schußwaffengebrauchsrechtes wurde im neuen Bremischen Polizeigesetz sozialdemokratischem Verständnis Rechnung getragen: Der bremische Gesetzgeber hat das Schußwaffengebrauchsverbot gegen Personen im Kindesalter unverändert beibehalten. Er hat weiter die Entscheidung über die Ausrüstung der Polizei mit Waffen auf den Senat verlagert, der diese im Wege einer Rechtsverordnung zu treffen hat. Damit soll verhindert werden, daß ohne gründliche, auch politische Prüfung neue Waffen, zu denen in Bremen unverändert auch Reizstoffe gehören, der Polizei in die Hand gegeben werden. Auf Maschinengewehre und Handgranaten als Ausrüstung der Polizei wird künftig ganz verzichtet. Sie dürfen in Bremen auch nicht eingesetzt werden, wenn sie zur Ausrüstung einer auswärtigen Polizei oder zu der des Bundesgrenzschutzes gehören, und diese Kräfte in Bremen im Wege der Amtshilfe tätig werden sollen. Ausschlaggebend dafür ist, daß Maschinengewehre und Handgranaten keine polizeitypischen, sondern Vernichtungswaffen sind.

Schließlich sieht das neue Gesetz den Schußwaffengebrauch gegen eine Menschenmenge überhaupt nicht mehr vor und läßt den Schußwaffengebrauch gegen bestimmte Personen in einer Menschenmenge nur unter sehr engen Bedingungen ausschließlich gegen Täter und Tatteilnehmer zu, wenn Unbeteiligte nicht gefährdet werden. Auch das neue Bremische Polizeigesetz ermächtigt jedoch wie das bisherige dazu, als letztes Mittel den Angriff auf das Leben eines Opfers durch einen Schuß abzuwehren, bei dem das Leben des Angreifers mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet wird. Die mögliche Todesfolge bleibt aber auch in einem solchen Falle immer ungewollt und mißbilligt. Auf eine besondere gesetzliche Ausgestaltung dieser Ermächtigung konnte verzichtet werden.

Einen völlig neuen Weg beschreitet der bremische Gesetzgeber - auch darin drückt sich sozialdemokratische Politik aus - mit der Regelung der Informationseingriffsbefugnisse. Damit wird erstmalig im Bundesgebiet ein bereichsspezifischer Datenschutz im Polizeibereich gesetzlich eingeführt. Auch hierdurch werden der Polizei die Grenzen zulässiger Informationsgewinnung aufgezeigt; zugleich wird ihr aber auch eine klare Rechtsgrundlage für das Tätigwerden auf einem Gebiet zur Verfügung gestellt, für die eine solche bisher zu entbehren war.

(-/12.4.1983/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Dr. Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hat an alle SPD-Abgeordneten eine Bewertung der Koalitionsvereinbarungen geschickt, in der die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden jeweils die Aussagen zu ihrem Sachgebiet kommentieren. Wir veröffentlichen heute Feststellungen zum Umweltschutz, dem Datenschutz, der Kernenergiepolitik, der Sportpolitik sowie der Wirtschaftspolitik. Hans-Jochen Vogel hatte die Koalitionsvereinbarungen als "überaus dürftig und sozial ungerecht" bewertet. (Wir veröffentlichen heute Teil II der Dokumentation.)

Überaus dürftig und sozial ungerecht5. Umweltschutz

Sowohl in der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl wie auch in dem Wahlprogramm der Unionsparteien wird mit hehren Worten die herausragende Bedeutung des Umweltschutzes beschworen, allein es folgen keine konkreten Aussagen über die Fortentwicklung der Umweltpolitik. Enthielt die erste Koalitionsvereinbarung vom Herbst letzten Jahres lediglich einen Satz zu diesem Schwerpunktthema der Politik, so sind es nunmehr zwei. Ganz abstrakt werden Maßnahmen gegen das Waldsterben und zur Verringerung der Emissionen von Kraftfahrzeugen angekündigt. Detaillierte Zielsetzungen, Maßnahmen und Grenzwerte fehlen. Dies zeigt erneut drastisch die Perspektivlosigkeit der neuen Regierungskoalition im Gebiet der Umweltpolitik.

Man hätte eine Erklärung dazu erwarten dürfen, ob die neue Regierungskoalition bereit ist, die bis ins einzelne gehenden Beschlüsse der sozial-liberalen Koalition vom 1. September 1982 umzusetzen und fortzuentwickeln. Es ist nicht ersichtlich, welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Lärms, zur Verbesserung des Gewässerschutzes, zur Verbesserung der Luftreinhaltung getroffen werden sollen. Man sucht vergeblich nach Aussagen darüber, wie der Schutz von Mensch und Umwelt vor schädlichen Chemikalien verbessert werden kann. Wichtige Fragen wie die Absicherung des Umweltschutzes im Grundgesetz, die Einführung einer Verbandsklage im Naturschutzgesetz sowie die Neufassung der sogenannten Landwirtschaftsklausel werden nicht angesprochen. Wichtige Bereiche wie die Sicherung des Grundwassers und die Erarbeitung eines Bodenschutzprogramms bleiben ausgeklammert. Es ist keinerlei Ansatzpunkt erkennbar, die bisherige Umweltpolitik zu einer vorsorgenden und umfassenden, an ökologischen Gesichtspunkten ausgerichteten Politik weiterzuentwickeln.

Erste Entscheidungen und Ankündigungen der neuen Koalition lassen vielmehr erkennen, daß den Belangen der Wirtschaft Vorrang vor dem Umweltschutz eingeräumt werden soll. Dazu zählen insbesondere die Entscheidung für den Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals sowie die vorgenommene Umschichtung der öffentlichen Mittel zugunsten des weiteren beschleunigten Ausbaus des Bundesfernstraßennetzes zu Lasten des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die dringlich gebotene, aber unterbliebene Herauslösung der Kompetenzen für Naturschutz und Landschaftspflege, Pflanzenschutz und Tierschutz aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten macht zudem deutlich, daß die von der modernen Landwirtschaft ausgehenden Gefährdungen unserer Umwelt schlicht geleugnet werden. Die SPD hat in ihrem Regierungsprogramm dem Schutz der Umwelt einen umfangreichen Abschnitt mit sehr konkreten Ankündigungen gewidmet. Die Regierungskoalition hat Vergleichbares nicht angekündigt.

6. Datenschutz

Zum Datenschutz enthält die Koalitionsvereinbarung die Ankündigung zur Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes. Einzelne Kriterien, die Aufschluß gäben, welche Bestimmungen mit welcher Zielsetzung verbessert werden sollten, fehlen fast vollständig. Die angekündigte Verbesserung des Datenschutzes im Gesundheitswesen ist freilich zu begrüßen. Im ganzen können anhand der Koalitionsaussage die Absichten der Koalition nicht beurteilt werden. Man hätte eine Aussage darüber erwarten müssen, ob die Rechte des Bürgers verstärkt werden sollen, insbesondere durch Einräumung eines unentgeltlichen Auskunftsanspruchs, durch Einführung eines verschuldensunabhängigen Schadensersatzanspruchs et cetera. Zu der mit Nachdruck zu fordernden Verbesserung des Schutzes von Arbeitnehmerdaten fehlt jegliche Aussage.



Aufschlußreich sind hingegen die Ausführungen über den Datenschutz im Sicherheitsbereich. Die an sich selbstverständliche Feststellung, daß Datenschutzinteressen und Sicherheitsinteressen gleiches Gewicht hätten, macht deutlich, daß die bisherigen Bestrebungen der Unionsparteien auf Abbau des Datenschutzes in diesem Bereich fortgesetzt werden sollen. Auch die Feststellung, es gebe begründete Interessen von Sicherheitsbehörden, Einblick in gespeicherte Daten nicht zu gewähren, zielt in dieselbe Richtung. Es ist erklärtes Ziel der Unionsparteien, die Prüfungsbefugnisse des Bundesbeauftragten für den Datenschutz bei den Sicherheitsbehörden des Bundesbeauftragten für den Datenschutz bei den Sicherheitsbehörden einzuschränken. Dieser Eindruck wird bestärkt durch den an sich überflüssigen Satz, daß sich die Institution des Datenschutzbeauftragten im wesentlichen bewährt habe.

### 7. Kernenergiepolitik

Dazu heißt es in dem Koalitionspapier: "Die Genehmigungsverfahren im Atomrecht sind zu beschleunigen." Diese Formel bedeutet in der Praxis eine Aufweichung der Genehmigungsverfahren für kerntechnische Anlagen. Damit ist eine Verminderung der Bürgerbeteiligung am Entscheidungsprozeß verbunden. In diesem Zusammenhang ist auch die beabsichtigte Veränderung der Verwaltungsgerichtsordnung zu sehen, durch die Zeitverluste für Großverfahren (zum Beispiel Bau von kerntechnischen Anlagen) vermieden werden sollen. In der Praxis wird dadurch der Rechtsschutz der Bürger eingeschränkt.

### 8. Sportpolitik

Wie bereits in der Koalitionsvereinbarung der CDU/CSU/FDP vom Oktober 1982 und im Wahlprogramm der CDU/CSU ist auch in dieser Koalitionsvereinbarung keine Aussage zur Jugend- und Sportpolitik sowie den Zielen der Sportförderung der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung enthalten. In den Sportorganisationen wird dies weithin als eine Unterbewertung des organisierten Sports betrachtet, der mit rund 19 Millionen Mitgliedern in fast 60.000 Sportvereinen die zahlenmäßig größte gesellschaftliche Organisation der Bundesrepublik Deutschland ist. Der "Null-Aussage" der Koalition stehen außerdem vielfältige Versprechungen entgegen. So zum Beispiel die Zusage der CDU/CSU im Wahlkampf (Sportausschuß-Vorsitzender Tillmann und Innenminister Zimmermann) von großzügigen Steuerentlastungen für Übungsleiter von gegenwärtig 2.400 Mark jährlich auf 3.600 Mark. Die Arbeitsgruppe Sportpolitik der SPD-Fraktion und der Sportbeirat beim SPD-Parteivorstand bereiten entsprechende sportpolitische Initiativen vor.

### Arbeitskreis III (Wirtschaftspolitik)

Der wirtschaftspolitische Teil der Koalitionsvereinbarungen ist äußerst mager. Er ergeht sich über weite Strecken in Allgemeinplätzen, bleibt unpräzise und widersprüchlich; überhaupt macht das Koalitionspapier einen schlampigen Eindruck. Es verwundert, daß die Koalitionsvertreter für einen solchen Text so lange Zeit brauchten.

#### 1. Zur wirtschaftspolitischen Bewertung der Haushaltseckdaten:

Im Vordergrund steht eindeutig die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse werden von ihm nicht ausgehen. Im Gegenteil: Die Haushaltsbeschlüsse wirken nachfragedämpfend. Die Einsparungen betreffen im wesentlichen den Transferbereich (Arbeitslose, Rentner, Behinderte) und den Personalkostenanstieg im öffentlichen Dienst. Sie führen somit zu einem direkten privaten Kaufkraftentzug, der zu einem weiteren Rückgang im Konsumgütersektor führt.

Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt in diesem Jahr weiter steigen wird. Im Januar 1984 wird die Drei-Millionen-Grenze erreicht und wahrscheinlich überschritten werden. Trotz alledem sieht sich die Bundesregierung nicht veranlaßt, mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen gegenzusteuern. Ganze eins bis 1,5 Milliarden Mark, also weniger als 0,1 Prozent des Bruttosozialproduktes, will die Bundesregierung zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung bereitstellen. Allein diese Ankündigung macht deutlich, daß sie vor dem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit resigniert hat und ihn billigend in Kauf nimmt. Diese Politik ist eine klare Absage an jede aktive Beschäftigungspolitik. Der in den Eckdaten vorgestellte Haushalt 1984 ist ein Haushalt der Passivität und der Hilflosigkeit.



2. Erstaunlich ist, wie spärlich die Wirtschaft und Beschäftigung betreffenden Politikbereiche überhaupt angesprochen werden. Über Wohnungsbaupolitik schweigt sich die Regierung ebenso aus wie über die Industrie- und Strukturpolitik, obgleich hier wie dort dringlicher Handlungsbedarf vorliegt. Die Probleme in der Werftindustrie bleiben ebenso unerwähnt wie die der Werftstandorte. Sehr konkret wird es bei den Kürzungen im Sozialbereich, sehr allgemein bleibt es dagegen bei den Kürzungsvorschlägen im Subventionsbereich. Die wenigen konkret angesprochenen Bereiche bleiben häufig konturlos, wenngleich deutliche Akzentverschiebungen gegenüber der bisherigen Politik erkennbar werden:

- o Energie: Die Kohlevorrangpolitik wird relativiert, vielleicht sogar verlassen. Der Hinweis, daß Zechenstilllegungen nicht auszuschließen sind, deutet auf eine mittel- und langfristige Verminderung der Gesamtkapazität der Kohleförderung hin. Gestützt wird die Vermutung durch die Ankündigung, die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.
- o Stahlpolitik: Dazu fällt der Bundesregierung nach wie vor wenig ein. Ihre Ankündigung, der EG-Kommission für die Lösung der Probleme der Stahlindustrie klare Vorgaben zu machen, steht im eklatanten Widerspruch zu ihrer Weigerung, in ihrem eigenen Verantwortungsbereich zumindest industrie- und beschäftigungspolitische Vorgaben zu bestimmen.
- o Politik für kleine und mittlere Unternehmen: Von mittelstandsfreundlichen Beschlüssen kann keine Rede sein. Dies gilt insbesondere für die steuerpolitischen Vorschläge: Die Halbierung der Vermögensteuer begünstigt vorwiegend die Großunternehmen, die steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen kommt vor allem ertragsstarken Unternehmungen zugute. Offensichtlich soll die Bundeszuständigkeit für mittelstandspolitische Förderungsmaßnahmen, insbesondere die Förderung von Existenzgründungen, zugunsten der Länder abgebaut werden. Damit würde das ohnehin schon starke regionalpolitische Gefälle bei Förderungsmaßnahmen erneut zugunsten wirtschaftlich starker Länder und Regionen verschoben werden. Die norddeutschen Küstenregionen sowie das Ruhrgebiet hätten erneut das Nachsehen.
- o Forschungs- und Entwicklungspolitik: Die steuerliche Förderung der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen verschiebt das bisherige Gleichgewicht zu indirekten zu ungunsten der direkten Forschungsförderung. Bevorzugt werden ertragsstarke Unternehmungen, insbesondere Großunternehmen, gefördert wird stärker nach dem Gießkannenprinzip.
- o Medienpolitik: Die Deutsche Bundespost soll für die medienpolitischen Ziele der Koalitionsparteien mißbraucht werden. Es ist zu erwarten, daß die sogenannte Kupferbandverkabelung, die lediglich zur Verteilung von Hörfunk und Fernsehprogrammen dienen soll, mit aller Macht vorangetrieben wird. Die Ankündigung Stoibers, die Medienlandschaft werde in drei bis vier Jahren völlig anders aussehen, zielt ersichtlich auf die Einführung des privaten Kommerzfernsehens.
- o Verkehr: Das verkehrspolitische Problem Nummer eins, die Zukunft der Deutschen Bundesbahn, wird mit keinem Wort erwähnt. Der öffentliche Personennahverkehr bleibt unerwähnt, Fragen der Verkehrssicherheit ebenso. Die Ankündigung, den Rhein-Main-Donau-Kanal weiter auszubauen, ist ökologisch unverantwortlich und verkehrspolitisch unsinnig. Der Auftrag an den Bundesverkehrsminister, ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept vorzulegen, zeigt, daß die Bundesregierung verkehrspolitisch ratlos ist.
- o Landwirtschaft: Die allgemeine Ankündigung, Maßnahmen zugunsten kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe zu ergreifen, steht im drastischen Gegensatz zu den geplanten konkreten Steuervergünstigungen bei Grundstücksverkäufen, die vor allem Großbauern begünstigen. Die wichtigsten Fragen der Landwirtschaftspolitik, insbesondere Agrarüberschuß- und Finanzierungsproblematik der EG, sind ausgeklammert.

(-/12.4.1983/ks/rs)

+ + +

(Fortsetzung folgt am 13. April 1983)

